

194826-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Bauarbeiten – Bundespolizei (BPOL) in 94469 Deggendorf, Ulrichsberger Str. 1-13. Entwurf/Planung und schlüsselfertige Errichtung von Containerbauanlagen Interimsküche und Interimskantine sowie Wartungsleistungen (Vergabenummer VOEK 613-24)

OJ S 60/2025 26/03/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Bauleistungen - Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

E-Mail: verdingung@bundesimmobilien.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer zentralen Regierungsbehörde kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Bundespolizei (BPOL) in 94469 Deggendorf, Ulrichsberger Str. 1-13. Entwurf/Planung und schlüsselfertige Errichtung von Containerbauanlagen Interimsküche und Interimskantine sowie Wartungsleistungen (Vergabenummer VOEK 613-24)

Beschreibung: Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben plant den Neubau von Containeranlagen als temporäres Wirtschaftsgebäude und Kantine (Küche/Speisesaal) zur Verpflegung von 360 Einsatzkräften und Auszubildenden sowie Bestandspersonal der Bundespolizei während der Sanierung der bestehenden Gebäude auf der Liegenschaft: Bundespolizei (BPOL) in 94469 Deggendorf, Ulrichsberger Str. 1-13. Dabei ist im Rahmen der Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm vom künftigen Auftragnehmer die vollständige Planung, Errichtung der Anlage inkl. der Wartungsleistungen zu erbringen. Des Weiteren sind sämtliche Genehmigungen zur Umsetzung herbeizuführen. Im Rahmen dieser Ausschreibung ist ein vollständiges, betrieblich und technisch uneingeschränktes Angebot für eine 1-geschossige, schlüsselfertige Containeranlage abzugeben. Herstellen, Liefern und Errichten eines barrierefreien Gebäudes in Containerbauweise gem. nachfolgender Beschreibung. Die Container gehen in den Besitz des AG über, sie werden nicht gemietet. Hierzu sind sowohl Planungsleistungen als auch alle hochbaulichen und fachtechnischen Bauleistungen zu erbringen. Es dürfen ausschließlich neue Container oder Container einem neuwertigen Zustand (lediglich 1 Benutzung mit anschließender Generalüberholung) angeboten werden. Der Auftragnehmer schuldet alle öffentlich- rechtlichen Genehmigungen die für das Bauvorhaben erforderlich sind. Zuständig ist die untere Baubehörde der Stadt Deggendorf. Für die Baugenehmigung ist vom GU Auftragnehmer ein öffentlich, rechtlich, bestellter Sachverständiger zu binden. Als baurechtliche Planungsgrundlage gelten das Baugesetzbuch und die Bayerische Landesbauordnung. Es sind sowohl Planungsleistungen als auch alle hochbaulichen und fachtechnischen Bauleistungen zu erbringen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das GEG (Gebäudeenergiegesetz) und die damit verbundenen energetischen Anforderungen und den Einsatz erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteversorgung einzuhalten sind. Der Auftragnehmer führt sämtliche Arbeiten, Leistungen und Lieferungen aus, die nach Maßgabe dieser Ausschreibung zur schlüsselfertigen,

funktionstüchtigen, mängelfreien, termingerechten, bezugsfertigen und betriebsfähigen Erstellung des Bauvorhabens erforderlich sind. Diese Leistungen sind in die Preise im Leistungsverzeichnis einzukalkulieren. - einschließlich sämtlicher Ver- und Entsorgungsleitungen ab dem Übergabepunkt (siehe KG 400) - einschließlich aller zu erbringenden Planungs-, Überwachungs-, Koordinations-, Gutachter und Prüfleistungen, soweit nicht anderweitig beschrieben Die Einschaltung eines Fachplaners für Küchen ist aufgrund der speziellen Planungsaufgabe unerlässlich und muss mit einkalkuliert werden. Die BPOL DEGGENDORF mit ihren Gebäuden und Hallen befindet sich in einer umzäunten Liegenschaft und einem durch Wachpersonal gesicherten Ein- und Ausfahrtbereich. Aufgrund der inneren Betriebsabläufe ist es notwendig, dass sich die zusätzlich benötigten Räume und Flächen innerhalb der Bestandsliegenschaften und somit in unmittelbarer Nähe mit den sonstigen Einrichtungen wie Unterkunftsgebäude, Lehrsaalgebäude, usw. befinden. Ein Standort außerhalb der Liegenschaft kommt nicht in Betracht.

Kennung des Verfahrens: 7090e805-3e3d-4f4b-9d6a-88ea45275d3b

Interne Kennung: VOEK 613-24

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Zusätzliche Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45000000 Bauarbeiten

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Deggendorf (DE224)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: (1) Die Bewerbungsunterlagen können unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt über die e-Vergabe-Plattform des Bundes (<http://www.evergabe-online.de>) heruntergeladen werden. Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. (2) Der Vordruck „Angebotsschreiben“ (VHB 213) ist in Textform mit dem Namen der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt oder elektronisch signiert, einzureichen. Bei Bietergemeinschaften ist das Angebotsschreiben entweder von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft oder dem bevollmächtigten Vertreter sowie der Vordruck "Bieterauskunft mit Eigenerklärungen" in gleicher Form einzureichen. (3) Das Angebot ist in elektronischer Form bis zum Ende der Frist für die Abgabe der Angebote auf der e-Vergabe-Plattform www.evergabe-online.de einzureichen. Hinweise gemäß § 11 Abs. 3 VgV: Die zur Nutzung der e-Vergabe-Plattform einzusetzenden elektronischen Mittel sind die Clients der e-Vergabe-Plattform und die elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform. Diese werden über die mit „Anwendungen“ bezeichneten Menüpunkte auf www.evergabe-online.de zur Verfügung gestellt. Hierzugehören für Unternehmen der Angebots-Assistenten (AnA) und der Signatur-Client für Bieter (Sig-Client) für elektronische Signaturen. Die technischen Parameter zur Einreichung von Teilnahmeanträgen, Angeboten und Interessensbestätigungen verwendeten elektronischen Mittel sind durch die Clients der e-Vergabe-Plattform und die elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform bestimmt. Verwendete Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren sind Bestandteil der Clients der e-Vergabe-Plattform sowie der Plattform selber und der Elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform. Weitergehende Informationen stehen auf <https://www.evergabe-online.info> bereit. (4) Bitte geben Sie Ihr Angebot über die e-Vergabeplattform www.evergabe-online.de unter Verwendung des Moduls „Angebot abgeben“ in dem für dieses Verfahren angelegten

Projektraum ab. Angebote, die über die Nachrichtenfunktion eingereicht werden, erfüllen nicht die Anforderung der Verschlüsselung. Angebote per Post, Email und Fax sind nicht zugelassen. (5) Geforderte Erklärungen und Nachweise gem. Auflistung in der Anlage „Verzeichnis vorzulegender Unterlagen“ sind spätestens zu dem in der Bekanntmachung genannten Termin vorzulegen. Geforderte Erklärungen und Nachweise, die bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist nicht vorgelegt wurden, können auf Anforderung der Auftraggeberin innerhalb einer angemessenen Frist nachgereicht werden. Werden auf diese Weise nachgeforderte Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb der Nachforderungsfrist vorgelegt, wird das Angebot ausgeschlossen. (6) Datenschutzinformation für am Verfahren beteiligte Dritte Nimmt der Bieter Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch (Unterauftragnehmer, Eignungsleihe), ist er verpflichtet, diesen Unternehmen die Datenschutzinformation der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Bundespolizei vor Abgabe des Angebotes zu übermitteln. In gleicher Weise sind die Ansprechpersonen der Referenzgeber vom Bewerber vorab zu informieren. (7) Die Anforderungsfrist für zusätzliche Auskünfte (Bewerberfragen), die ausschließlich über die e-Vergabe-Plattform (www.evergabe-online.de) einzureichen sind, endet am 25.04.2025 12:00 Uhr. Eine Beantwortung gestellter Fragen erfolgt ausschließlich über die e-Vergabe-Plattform. Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt. (8) Preisnachlässe: Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Angebotssumme gewährt werden und im Angebotsschreiben aufgeführt sind. Die Einhaltung allgemeinverbindlicher tarifrechtlicher Regelungen ist zu beachten. Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt. (9) Bei technischen Fragen zur e-Vergabe-Plattform wenden Sie sich bitte an e-Vergabe HelpDesk: Telefon: +49 (0) 22899-610-1234, E-Mail: ticket@bescha.bund.de 10) Der Nachweis der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen kann ganz oder teilweise durch die Teilnahme an Präqualifizierungssystemen erbracht werden. 11) Als vorläufiger Nachweis der Eignung wird auch eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) akzeptiert. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle sind die einschlägigen Nachweise unverzüglich beizubringen. 12) Soweit insbesondere Bescheinigungen, Nachweise und akademische Abschlüsse gefordert werden, haben ausländische Bewerber - soweit dies nach den jeweiligen Bestimmungen des Mitgliedstaates am Sitz oder Wohnsitz des Bewerbers entsprechend möglich ist – gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes und eine beglaubigte Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen. 13) Die Vergabestelle behält sich vor, einen aktuellen Auszug aus dem Gewerbezentralregister und aus dem Wettbewerbsregister über das teilnehmende Unternehmen beim Bundesamt für Justiz bzw. beim Bundeskartellamt anzufordern. 14) Die Vergabestelle behält sich vor, über Bieter, deren Angebot für einen Zuschlag in Frage kommt, eine Vollauskunft einer Wirtschaftsauskunftei einzuholen. Sollten dort zu Finanzlage, Zahlungsverhalten oder sonstigen Merkmalen negative Informationen vorliegen, die auf eine überdurchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit des Unternehmens hindeuten, wird die Auftraggeberin dem Bieter im Rahmen der Aufklärung Gelegenheit geben, die Angaben auf ihre sachliche Richtigkeit zu überprüfen und ggf. Einwände und Korrekturen anzubringen. 15) Bieter aus anderen EU-Mitgliedstaaten haben die besonderen umsatzsteuerrechtlichen Regelungen für den inner-gemeinschaftlichen Erwerb zu beachten.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv - § 15 VgV und § 3 EU Nr. 1 VOB/A

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 1

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 1

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister 1) Eigenerklärung zu Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Vordruck "Bieterauskunft Eignungskriterien"). Etwaige Maßnahmen des Bieters zu einer Selbstreinigung nach § 125 GWB sind als gesonderte Erklärung einzureichen. Die Erklärungen in dem Vordruck "Bieterauskunft Eignungskriterien" sind vollständig auszufüllen. 2) Angabe der zuständigen Berufsgenossenschaft im Vordruck "Bieterauskunft Eignungskriterien" 3) Eigenerklärung zu Ausschlussgründen und Eigenerklärung zu den Russland-Sanktionen (Vordruck "Bieterauskunft Eignungskriterien"). Die Erklärungen in dem Vordruck sind vollständig auszufüllen. Die Vordrucke zu 1), 2) und 3) sind durch den Bieter, sämtliche Mitglieder einer Bietergemeinschaft sowie Eignungsleiher/-Unterauftragnehmer auszufüllen. Es handelt sich bei 1) - 3) um Mindestanforderungen. Die Nichterfüllung führt zum Ausschluss. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit Die Erklärungen in dem Vordruck "Bieterauskunft Eignungskriterien" sind vollständig auszufüllen. 4) Haftpflichtversicherungen. Die Eigenerklärung zu erforderlichen Haftpflichtversicherungen im Vordruck "Bieterauskunft Eignungskriterien" ist vollständig auszufüllen. Die Deckungssummen für Personenschäden in Höhe von mind. 2 Millionen Euro (je Schadensfall; 2-fach maximiert) sowie für Sonstige Sachschäden in Höhe von mind. 2 Millionen Euro (je Schadensfall; 2-fach maximiert) sind abzuschließen und für die Dauer des Vertrages aufrecht zu halten. Die Versicherungsbestätigungen sind der Auftraggeberin unverzüglich vor Leistungsbeginn vorzulegen. Es handelt sich bei 4) um Mindestanforderungen. Die Nichterfüllung führt zum Ausschluss. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit 5) Die Eigenerklärung über die Leistungserbringung im Vordruck "Bieterauskunft Eignungskriterien" ist nach Auftragserteilung einzuhalten. 6) Die Nachweise zur Qualifikation des vorgesehenen, verantwortlichen Einsatzpersonals sind gemäß den Mindestanforderungen im Vordruck "Bieterauskunft Eignungskriterien" unter namentlicher Benennung des vorgesehenen Einsatzpersonals einzureichen nach Auftragserteilung einzuhalten. Mindestanforderungen an die Qualifikation des Einsatzpersonals Vorgesehene Projektleitung: Namentliche Benennung, fachspezifischer Hochschulabschluss im Bauwesen, Berufserfahrung von mindestens 3 Jahren im ausgeschriebenen Fachbereich. Vorgesehene Stellvertretung der Projektleitung: Namentliche Benennung, fachspezifischer Hochschulabschluss im Bauwesen, Berufserfahrung von mindestens 3 Jahren im ausgeschriebenen Fachbereich. Vorgesehene Bauleitung: Namentliche Benennung, fachspezifischer Abschluss im Bauwesen: Hochschulabschluss oder Staatlich geprüfter Techniker oder gleichwertig, Berufserfahrung von mindestens 3 Jahren im ausgeschriebenen Fachbereich. 7) Die Referenzangaben im Vordruck "Bieterauskunft mit Eigenerklärungen" sind vollständig auszufüllen und die Referenzen sind inklusive Fotos gemäß den Mindestanforderungen im Vordruck jeweils separat in einer Anlage dazustellen. Mindestanforderung an die Referenzen: Benennung von mindestens zwei vergleichbaren Referenzen von mindestens zwei verschiedenen Referenzgebern, die im Zeitraum der letzten fünf Jahre vor Ende der Angebotsfrist fertiggestellt und abgenommen worden sind. Vergleichbar sind Referenzen, deren Gegenstand dem Ausschreibungsgegenstand zumindest nahe kommt. Die Referenzen müssen im technischen oder organisatorischen Bereich einen gleich hohen oder höheren Schwierigkeitsgrad aufweisen und einen tragfähigen Rückschluss auf die Leistungsfähigkeit des Bieters für die ausgeschriebene Leistung ermöglichen, hier: Planung, schlüsselfertige Errichtung von Modul- oder Containeranlagen sowie Wartungsleistungen. Separate Darstellungen der zwei vergleichbaren Referenzen inkl. Fotos

sind mit dem Angebot - jeweils auf max. 2 DIN A 4-Seiten - als Anlage beizufügen. Der öffentliche Auftrag wird an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen vergeben. Wenn durch die Referenzprüfung festgestellt wird, dass das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat, wird das Angebot des Unternehmens vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen. Es handelt sich bei 5) - 7) um Mindestanforderungen. Die Nichterfüllung führt zum Ausschluss.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Bundespolizei (BPOL) in 94469 Deggendorf, Ulrichsberger Str. 1-13. Entwurf/Planung und schlüsselfertige Errichtung von Containerbauanlagen Interimsküche und Interimskantine sowie Wartungsleistungen

Beschreibung: Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben plant den Neubau von Containeranlagen als temporäres Wirtschaftsgebäude und Kantine (Küche/Speisesaal) zur Verpflegung von 360 Einsatzkräften und Auszubildenden sowie Bestandspersonal der Bundespolizei während der Sanierung der bestehenden Gebäude auf der Liegenschaft: Bundespolizei (BPOL) in 94469 Deggendorf, Ulrichsberger Str. 1-13. Dabei ist im Rahmen der Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm vom künftigen Auftragnehmer die vollständige Planung, Errichtung der Anlage inkl. der Wartungsleistungen zu erbringen. Des Weiteren sind sämtliche Genehmigungen zur Umsetzung herbeizuführen. Im Rahmen dieser Ausschreibung ist ein vollständiges, betrieblich und technisch uneingeschränktes Angebot für eine 1-geschossige, schlüsselfertige Containeranlage abzugeben. Herstellen, Liefern und Errichten eines barrierefreien Gebäudes in Containerbauweise gem. nachfolgender Beschreibung. Die Container gehen in den Besitz des AG über, sie werden nicht gemietet. Hierzu sind sowohl Planungsleistungen als auch alle hochbaulichen und fachtechnischen Bauleistungen zu erbringen. Es dürfen ausschließlich neue Container oder Container einem neuwertigen Zustand (lediglich 1 Benutzung mit anschließender Generalüberholung) angeboten werden. Der Auftragnehmer schuldet alle öffentlich- rechtlichen Genehmigungen die für das Bauvorhaben erforderlich sind. Zuständig ist die untere Baubehörde der Stadt Deggendorf. Für die Baugenehmigung ist vom GU Auftragnehmer ein öffentlich, rechtlich, bestellter Sachverständiger zu binden. Als baurechtliche Planungsgrundlage gelten das Baugesetzbuch und die Bayerische Landesbauordnung. Es sind sowohl Planungsleistungen als auch alle hochbaulichen und fachtechnischen Bauleistungen zu erbringen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das GEG (Gebäudeenergiegesetz) und die damit verbundenen energetischen Anforderungen und den Einsatz erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteversorgung einzuhalten sind. Der Auftragnehmer führt sämtliche Arbeiten, Leistungen und Lieferungen aus, die nach Maßgabe dieser Ausschreibung zur schlüsselfertigen, funktionstüchtigen, mängelfreien, termingerechten, bezugsfertigen und betriebsfähigen Erstellung des Bauvorhabens erforderlich sind. Diese Leistungen sind in die Preise im Leistungsverzeichnis einzukalkulieren. - einschließlich sämtlicher Ver- und Entsorgungsleitungen ab dem Übergabepunkt (siehe KG 400) - einschließlich aller zu erbringenden Planungs-, Überwachungs-, Koordinations-, Gutachter und Prüfleistungen, soweit nicht anderweitig beschrieben Die Einschaltung eines Fachplaners für Küchen ist aufgrund der speziellen Planungsaufgabe unerlässlich und muss mit einkalkuliert werden. Die BPOL DEGGENDORF mit ihren Gebäuden und Hallen befindet sich in einer umzäunten Liegenschaft und einem durch Wachpersonal gesicherten Ein- und Ausfahrtbereich. Aufgrund der inneren Betriebsabläufe ist es notwendig, dass sich die zusätzlich benötigten Räume und

Flächen innerhalb der Bestandsliegenschaften und somit in unmittelbarer Nähe mit den sonstigen Einrichtungen wie Unterkunftsgebäude, Lehrsaalgebäude, usw. befinden. Ein Standort außerhalb der Liegenschaft kommt nicht in Betracht.

Interne Kennung: VOEK 613-24

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Zusätzliche Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45223800 Montage und Errichtung von Fertigkonstruktionen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 45450000

Sonstige Baufertigstellungsarbeiten, 50000000 Reparatur- und Wartungsdienste, 45113000

Baustelleneinrichtung, 45262670 Metallbauarbeiten, 45233222 Straßenpflaster- und

Asphaltarbeiten, 44211100 Mobile, modulare Containergebäude, 39220000

Küchenausstattung, Haushalts- und Heimartikel, Catering-Zubehör, 44480000 Diverse

Brandschutzausrüstungen, 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und

elektrotechnische Gebäudeanlagen, 32523000 Fernmeldeeinrichtungen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Optionale Verlängerung der Wartungsleistungen

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Deggendorf (DE224)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/07/2025

Enddatum der Laufzeit: 31/03/2026

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#,#Besonders auch geeignet

für:other-sme# (1) Die Bewerbungsunterlagen können unentgeltlich, uneingeschränkt,

vollständig und direkt über die e-Vergabe-Plattform des Bundes (<http://www.evergabe-online.de>)

heruntergeladen werden. Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen

Vordrucke zu verwenden. (2) Der Vordruck „Angebotsschreiben“ (VHB 213) ist in Textform mit

dem Namen der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt oder elektronisch signiert,

einzureichen. Bei Bietergemeinschaften ist das Angebotsschreiben entweder von allen

Mitgliedern der Bietergemeinschaft oder dem bevollmächtigten Vertreter sowie der Vordruck

"Bieterauskunft mit Eigenerklärungen" in gleicher Form einzureichen. (3) Das Angebot ist in

elektronischer Form bis zum Ende der Frist für die Abgabe der Angebote auf der e-Vergabe-

Plattform www.evergabe-online.de einzureichen. Hinweise gemäß § 11 Abs. 3 VgV: Die zur

Nutzung der e-Vergabe-Plattform einzusetzenden elektronischen Mittel sind die Clients der e-

Vergabe-Plattform und die elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform. Diese werden

über die mit „Anwendungen“ bezeichneten Menüpunkte auf www.evergabe-online.de zur

Verfügung gestellt. Hierzugehören für Unternehmen der Angebots-Assistenten (AnA) und der

Signatur-Client für Bieter (Sig-Client) für elektronische Signaturen. Die technischen Parameter

zur Einreichung von Teilnahmeanträgen, Angeboten und Interessensbestätigungen verwendeten elektronischen Mittel sind durch die Clients der e-Vergabe-Plattform und die elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform bestimmt. Verwendete Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren sind Bestandteil der Clients der e-Vergabe-Plattform sowie der Plattform selber und der Elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform. Weitergehende Informationen stehen auf <https://www.evergabe-online.info> bereit. (4) Bitte geben Sie Ihr Angebot über die e-Vergabeplattform www.evergabe-online.de unter Verwendung des Moduls „Angebot abgeben“ in dem für dieses Verfahren angelegten Projektraum ab. Angebote, die über die Nachrichtenfunktion eingereicht werden, erfüllen nicht die Anforderung der Verschlüsselung. Angebote per Post, Email und Fax sind nicht zugelassen. (5) Geforderte Erklärungen und Nachweise gem. Auflistung in der Anlage „Verzeichnis vorzulegender Unterlagen“ sind spätestens zu dem in der Bekanntmachung genannten Termin vorzulegen. Geforderte Erklärungen und Nachweise, die bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist nicht vorgelegt wurden, können auf Anforderung der Auftraggeberin innerhalb einer angemessenen Frist nachgereicht werden. Werden auf diese Weise nachgeforderte Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb der Nachforderungsfrist vorgelegt, wird das Angebot ausgeschlossen. (6) Datenschutzinformation für am Verfahren beteiligte Dritte Nimmt der Bieter Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch (Unterauftragnehmer, Eignungsleihe), ist er verpflichtet, diesen Unternehmen die Datenschutzinformation der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Bundespolizei vor Abgabe des Angebotes zu übermitteln. In gleicher Weise sind die Ansprechpersonen der Referenzgeber vom Bewerber vorab zu informieren. (7) Die Anforderungsfrist für zusätzliche Auskünfte (Bewerberfragen), die ausschließlich über die e-Vergabe-Plattform (www.evergabe-online.de) einzureichen sind, endet am 25.04.2025 12:00 Uhr. Eine Beantwortung gestellter Fragen erfolgt ausschließlich über die e-Vergabe-Plattform. Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt. (8) Preisnachlässe: Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Angebotssumme gewährt werden und im Angebotsschreiben aufgeführt sind. Die Einhaltung allgemeinverbindlicher tarifrechtlicher Regelungen ist zu beachten. Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt. (9) Bei technischen Fragen zur e-Vergabe-Plattform wenden Sie sich bitte an e-Vergabe HelpDesk: Telefon: +49 (0) 22899-610-1234, E-Mail: ticket@bescha.bund.de 10) Der Nachweis der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen kann ganz oder teilweise durch die Teilnahme an Präqualifizierungssystemen erbracht werden. 11) Als vorläufiger Nachweis der Eignung wird auch eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) akzeptiert. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle sind die einschlägigen Nachweise unverzüglich beizubringen. 12) Soweit insbesondere Bescheinigungen, Nachweise und akademische Abschlüsse gefordert werden, haben ausländische Bewerber - soweit dies nach den jeweiligen Bestimmungen des Mitgliedstaates am Sitz oder Wohnsitz des Bewerbers entsprechend möglich ist – gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes und eine beglaubigte Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen. 13) Die Vergabestelle behält sich vor, einen aktuellen Auszug aus dem Gewerbezentralregister und aus dem Wettbewerbsregister über das teilnehmende Unternehmen beim Bundesamt für Justiz bzw. beim Bundeskartellamt anzufordern. 14) Die Vergabestelle behält sich vor, über Bieter, deren Angebot für einen Zuschlag in Frage kommt, eine Vollauskunft einer Wirtschaftsauskunftei einzuholen. Sollten dort zu Finanzlage, Zahlungsverhalten oder sonstigen Merkmalen negative Informationen vorliegen, die auf eine überdurchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit des Unternehmens hindeuten, wird die Auftraggeberin dem Bieter im Rahmen der Aufklärung Gelegenheit geben, die Angaben auf ihre sachliche Richtigkeit zu überprüfen und ggf.

Einwände und Korrekturen anzubringen. 15) Bieter aus anderen EU-Mitgliedstaaten haben die besonderen umsatzsteuerrechtlichen Regelungen für den inner-gemeinschaftlichen Erwerb zu beachten.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: 1. Angaben zum Unternehmen 2. Eigenerklärung über zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach § 123 und § 124 GWB 3. Eigenerklärung Zuschlagsverbot bei Bezug eines Bewerbers zu Russland 4. Falls zutreffend: Erklärung Bergewergemeinschaft 5. Falls zutreffend: Erklärungen zu Unterauftragnehmerleistungen /Eignungsleihe

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1. Angaben zum Unternehmen (Angabe Einzelbieter /Bietergemeinschaft, Angabe von Name, Sitz, Postanschrift, Rechtsform, Gegenstand des Unternehmens gem. öffentlichem Register oder Genehmigungsbehörde, Nummer der Eintragung in einem öffentlichen Register oder Geschäftsnummer der Genehmigungsbehörde, Registergericht oder Genehmigungsbehörde, gesetzlicher Vertreter, Ansprechpartner, Telefon, Telefax, E-Mail-Adresse, ggf. zuständige Niederlassung bzw. Standort, Leistungsspektrum und Kerngeschäft des Unternehmens). Benennung der zuständigen Berufsgenossenschaft. 2.. Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB 3. Zuschlagsverbot bei Bezug eines Bieters zu Russland: Das am 08.04.2022 veröffentlichte 5. EU-Sanktionspaket im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat unmittelbare Auswirkungen auf die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen – z.T. auch außerhalb der EU-Vergaberichtlinien. Verboten sind demnach seit dem 09.04.2022 sowohl Auftragsvergaben an Unternehmen mit Bezug zu Russland im Sinne der EU-Richtlinie 2022/576 als auch eine Beteiligung solcher Unternehmen am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises, soweit auf diese zugezogenen Unternehmen mehr als 10 % des Auftragswertes entfallen. Eigenerklärung im Vordruck "Bieterauskunft Eignungskriterien". 4. Falls zutreffend: Erklärung Bewerber-/Bietergemeinschaft: Dem Angebot einer Bietergemeinschaft ist eine Erklärung beizulegen, in der sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft einem bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft Vertretungsmacht im Rahmen dieses Vergabeverfahrens einräumen, insbesondere hinsichtlich der rechtsverbindlichen Abgabe und Entgegennahme von Erklärungen sowie der Vornahme von Verfahrenshandlungen. (Formblatt VHB 234) 5. Falls zutreffend: Erklärungen zu Unterauftragnehmerleistungen /Eignungsleihe (Vordruck "Bieterauskunft Eignungskriterien") 6. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle ist das Formblatt VHB 236 "Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen" einzureichen (falls zutreffend).

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: 1. Eigenerklärung zu erforderlichen Haftpflichtversicherungen 2. Eigenerklärung zum Umsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1.1 Eigenerklärung, dass ab Ausführungsbeginn der Leistung eine entsprechende Sach- und Haftpflichtversicherung für das zu errichtende Bauwerk abgeschlossen und zum jeweiligen Neuwert gegen Feuer, Sturm, Hagel und Leitungswasser versichert wird 1.2 Eigenerklärung über das Bestehen einer Betriebs-

/Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme für Personenschäden in Höhe von mind. 2 Millionen Euro (je Schadensfall; 2-fach maximiert) sowie für Sach- und Vermögensschäden in Höhe von mind. 2 Millionen Euro (je Schadensfall; 2-fach maximiert) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut (Vordruck "Bieterauskunft Eignungskriterien"). Es handelt sich um eine Mindestanforderung. Nichterfüllung führt zum Ausschluss. 2. Eigenerklärung zum Umsatz der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (Vordruck "Bieterauskunft Eignungskriterien"). Die Vergabestelle behält sich vor, für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, eine Bonitätsauskunft bei einem Wirtschaftsinformationsdienst anzufordern. Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: 1. Eigenerklärung zur Erfüllung der ausgeschriebenen Leistung 2.

Leistungsbezogene Angaben zum Unternehmen 3. Qualifikation der vorgesehenen, deutschsprachigen Projektleitung, deren Stellvertretung und der vorgesehenen Bauleitung 4. Referenzen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1. Eigenerklärung zu ausreichend qualifiziertem Personal, notwendigen Maschinen, Werkzeugen und Materialien (Vordruck "Bieterauskunft Eignungskriterien"). Es handelt sich um eine Mindestanforderung. Nichterfüllung führt zum Ausschluss. 2. Angaben zur Beschäftigtenzahl des Bieters und seit wann das Unternehmen in der Leistungsart tätig ist (Vordruck "Bieterauskunft Eignungskriterien") 3.1 Namentliche Benennung der vorgesehenen, qualifizierten Projektleitung und deren Stellvertretung mit jeweils mindestens 3-jähriger Berufserfahrung im ausgeschriebenen Fachbereich.

Eigenerklärung in der "Bieterauskunft Eignungskriterien"). Die Nachweise zu den Qualifikationen (fachspezifische Hochschulabschlüsse im Bauwesen, z.B. Universität oder Fachhochschule) der vorgesehenen Projektleitung und deren Stellvertretung sind mit dem Angebot einzureichen. Es handelt sich um Mindestanforderungen. Nichterfüllung führt zum Ausschluss. 3.2 Namentliche Benennung der vorgesehenen Bauleitung mit mindestens 3-jähriger Berufserfahrung und fachspezifischen Abschluss im Bauwesen, z.B.

Hochschulabschluss oder staatlich geprüfter Techniker oder gleichwertig. Es handelt sich um Mindestanforderungen. Nichterfüllung führt zum Ausschluss. Auf gesondertes Verlangen sind Lebensläufe des vorgesehenen Einsatzpersonals einzureichen. 4. Mindestanforderung an die Referenzen: Benennung von mindestens zwei vergleichbaren Referenzen von mindestens zwei verschiedenen Referenzgebern, die im Zeitraum der letzten fünf Jahre vor Ende der Angebotsfrist fertiggestellt und abgenommen worden sind. Vergleichbar sind Referenzen, deren Gegenstand dem Ausschreibungsgegenstand zumindest nahe kommt. Die Referenzen müssen im technischen oder organisatorischen Bereich einen gleich hohen oder höheren Schwierigkeitsgrad aufweisen und einen tragfähigen Rückschluss auf die Leistungsfähigkeit des Bieters für die ausgeschriebene Leistung ermöglichen, hier: Planung, schlüsselfertige Errichtung von Modul- oder Containeranlagen sowie Wartungsleistungen. Der öffentliche Auftrag wird an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen vergeben. Wenn durch die Referenzprüfung festgestellt wird, dass das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat, wird das Angebot des Unternehmens vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen. Nachweis der Referenzen in der "Bieterauskunft Eignungskriterien" sowie als separate Anlage zum Angebot mit Darstellung der zwei vergleichbaren Referenzen inkl. Fotos - jeweils auf max. 2 DIN A 4-Seiten. Es handelt sich um eine Mindestanforderung. Nichterfüllung führt zum Ausschluss.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: 1. Preis

Beschreibung: Preis - Gewichtung 70 Prozent, maximale Punktzahl 100 (ungewichtet). Die Wertungssumme in Euro errechnet sich aus der Gesamtsumme (netto) lt.

Leistungsverzeichnis unter Berücksichtigung etwaiger Nachlässe ohne Bedingungen.

Bewertung Zuschlagskriterium Preis: Die angebotene Wertungssumme wird mittels der folgenden Formel in Preispunkte umgerechnet: $\text{Wertungssumme} = (2 \times \text{Angebot niedrigster Preis} - \text{Preis des Angebots}) : \text{Angebot niedrigster Preis} \times \text{max. Punktzahl}$. Der niedrigste Preis (Wertungssumme) erhält die volle Punktzahl. Für das 2-fache dieser Wertungssumme und darüber hinaus werden 0 Punkte vergeben. Die Bewertung erfolgt nach der o.g. Formel mit bis zu zwei Stellen hinter dem Komma. Muss gerundet werden, findet das kaufmännische Runden auf zwei Nachkommastellen Anwendung. Fehlen die Preisangaben zum Zuschlagskriterium „Preis“ im Angebot wird das Angebot ausgeschlossen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 70

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: 2. Qualität

Beschreibung: 2. Qualität - Gewichtung 30 Prozent maximale Punktzahl 100 (ungewichtet) Der Bieter ist aufgefordert, die Umsetzung der Schwerpunkte für die zu vergebenden Leistung in einer Tabelle zu erläutern und durch Pläne, Produktdatenblättern, Broschüren, Konstruktionsskizzen und durch eingehende und zweckmäßig gegliederte Beschreibungen in den einzureichenden Anlagen zu den Schwerpunkten 2.1 bis 2.4 darzulegen. Aussagekräftige Referenzobjekte können zur Darstellung herangezogen werden. 2.1 Angaben des Bieters zum vorgesehenen Terminplan in Wochen oder Tagen entsprechend dem Leistungsprogramm: a) Fertigstellung Genehmigungsplanung zur Freigabe durch die AG b) Fiktiv angenommene Dauer für das Genehmigungsverfahren bis zur Erteilung der Baugenehmigung nach Freigabe der AG c) Fertigstellung Ausführungsplanung + technische Planung zur Freigabe durch die AG d) Fertigstellung Gründung/Fundament zur Freigabe durch die AG e) Bereich 01.

Fertigstellung Interimsküche/Wirtschaftsgebäude f) Bereich 02. Fertigstellung Interims-Kantine max. 20 Punkte zu erreichen. 2.2 Darstellung der Konstruktionsprinzipien der geplanten Containeranlagen anhand von aussagekräftigen und zur Beurteilung des Angebots erforderlichen Plänen und sonstige Unterlagen. Diese sind als Anlage einzureichen und beispielsweise anhand von Produktdatenblättern, Broschüren, Konstruktionsskizzen und Beschreibungen der angebotenen Modulbauteile/Container zu beschreiben und für die Bauausführung darzustellen, max. 50 Punkte zu erreichen. 2.3 Erläuterung zu den technischen Anlagen u. deren Wartung/Instandhaltung. Diese ist als Anlage einzureichen und mit Produktdatenblätter o.ä. darzulegen, max. 20 Punkte zu erreichen. 2.4 Erläuterung zu den Wartungsleistungen der technischen Anlagen während der Vertragslaufzeit. Diese ist als Anlage einzureichen oder im Vordruck "Zuschlagskriterien Bewertung" darzulegen, max. 10 Punkte zu erreichen. Bewertung Zuschlagskriterium Qualität: Das Zuschlagskriterium Qualität muss insgesamt mindestens 30 von 100 möglichen Punkten erreichen. Angebote, die mit weniger als 30 Punkten insgesamt bewertet werden, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen. Fehlen die Angaben zum Zuschlagskriterium „Qualität“ im Angebot, wird das Angebot ebenfalls ausgeschlossen. Das eingesetzte Wertungsgremium der Auftraggeberin übt bei der Wertung der qualitativen Kriterien seinen Beurteilungsspielraum aus. Die Wertung

erfolgt relativ im unmittelbaren Quervergleich. Bewertungsmethode der Angaben des Bieters zu den Kriterien Bewertung: sehr gut Anwendung bei Nr. 2.1, 2.3 17 - 20 Punkte Anwendung bei Nr. 2.2 42 - 50 Punkte Anwendung bei Nr. 2.4 9 - 10 Punkte Angaben/Darstellung /Erläuterung, die glaubhaft erwarten lässt, dass die Leistungen in besonders guter Qualität umgesetzt werden (klar strukturierte, logisch aufgebaute Vorgehensweise ohne offene Fragen, sehr gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit der Darstellung, leicht verständlich). Bewertung: gut Anwendung bei Nr. 2.1, 2.3 13 - 16 Punkte Anwendung bei Nr. 2.2 23 - 41 Punkte Anwendung bei Nr. 2.4 7 - 8 Punkte Angaben/Darstellung/Erläuterung, die glaubhaft erwarten lässt, dass die Leistungen in guter Qualität umgesetzt werden (klar strukturierte, logisch aufgebaute Vorgehensweise mit einigen offenen Fragestellungen, gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit der Darstellung, gut geordnet und übersichtlich). Bewertung: befriedigend Anwendung bei Nr. 2.1, 2.3 9 - 12 Punkte Anwendung bei Nr. 2.2 14 - 22 Punkte Anwendung bei Nr. 2.4 5 - 6 Punkte Angaben/Darstellung/Erläuterung, die teilweise Schwächen aufweist, aber verspricht, die Leistungen insgesamt weitgehend umzusetzen (brauchbar strukturierte Vorgehensweise mit einigen Mängeln und mehreren offenen Fragen, befriedigende fachliche Qualität und Schlüssigkeit der Darstellung, systematisch geordnet, durchschnittliche Darstellung aller geforderten Angaben). Bewertung: ausreichend (Mindestpunktzahl) Anwendung bei Nr. 2.1, 2.3 4 - 8 Punkte Anwendung bei Nr. 2.2 4 - 13 Punkte Anwendung bei Nr. 2.4 4 Punkte Angaben/Darstellung/Erläuterung, die Mängel bei der Umsetzung der Leistung aufweist, aber eine noch ordnungsgemäße Auftragserfüllung erwarten lässt (brauchbar strukturierte Vorgehensweise mit vielen offenen Fragen). Bewertung: mangelhaft bis ungenügend: Anwendung bei Nr. 2.1 0 - 3 Punkte Anwendung bei Nr. 2.2, 2.3 0 - 3 Punkte Anwendung bei Nr. 2.4, 2.5 0 - 3 Punkte Angaben/Darstellung/Erläuterung, die die Leistung nicht umsetzt oder nur teilweise positive Ansätze zeigt, die Anforderungen insgesamt aber nicht umsetzt, mit sehr vielen offenen Fragestellungen, ungenügende bzw. mangelhafte fachliche Qualität und Schlüssigkeit der Darstellung, ungeordnet, unvollständig. Die Qualitätsangaben des Angebotes werden zum Zeitpunkt des erteilten Zuschlags Bestandteil des Vertrages. Zuschlag: Den Zuschlag erhält das Angebot, das die höchste Gesamtpunktzahl (gewichtete Wertungssumme) erreicht, die sich aus der gewichteten Summe der Punkte für den Preis und der gewichteten Summe der Punkte für die Qualität ergibt. Bewertungsformel für alle Zuschlagskriterien $Z = w_L L + w_P LP$ Z = Gesamtpunktzahl des Angebotes L = Gesamtpunktzahl des Angebotes für die Qualität LP = Gesamtpunktzahl des Angebotes für den Preis w_L = Gewichtungsfaktor für den Leistungsterm Qualität (30 %) w_P = Gewichtungsfaktor für den Preis (70 %) Gleichstand: Bei Gleichstand erhält das Angebot mit der größeren Leistungspunktzahl der Qualität den Zuschlag. Führt dies nicht zu einem eindeutigen Zuschlagsergebnis, entscheidet das Los. Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau) Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 25/04/2025 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=760635>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Beschreibung: Zugang zur Liegenschaft Die BPOLAST Deggendorf befindet sich in einer umzäunten Liegenschaft mit einem durch Wachpersonal gesicherten Ein- und

Ausfahrtbereich. Den Mitarbeitern des Auftragnehmers ist der Zutritt zur Liegenschaft nur gegen Vorlage eines gültigen Personalausweises/Reisepasses gestattet. Bei Vorliegen der Voraussetzungen der §§ 1 Abs. 3, 23 Abs. 5 und 34 Abs. 1 Bundespolizeigesetz können Mitarbeiter von Fremdfirmen polizeilich überprüft werden. Um eine rechtzeitige polizeiliche Überprüfung zu ermöglichen, haben Auftragnehmer ihre Mitarbeiter spätestens 14 Tage vor Auftragsausführung bei der die Liegenschaft nutzenden Bundespolizeidienststelle mit Vornamen, Namen und Geburtsdatum anzumelden. Die Bundespolizei kann Mitarbeiter von Fremdfirmen, die sie nach Überprüfung als sicherheitsgefährdend für die Liegenschaft und die dort tätigen Bediensteten einstuft, vom Betreten der Liegenschaft ausschließen. Diese Regelung gilt auch für beauftragte Nachunternehmer (Datenschutzerklärung der BPol unter https://www.bundespolizei.de/Webs/GSG9/DE/Home/Service/Datenschutz/datenschutz_node.html).

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=760635>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Beschreibung der finanziellen Sicherheit: Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung (§ 17 VOB/B). Soweit die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von fünf Prozent der Auftragssumme (inkl.

Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten. Sicherheitsleistung für Mängelansprüche Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt drei Prozent der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme).

Frist für den Eingang der Angebote: 07/05/2025 09:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 61 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Es werden alle Unterlagen nachgefordert, außer das Leistungsverzeichnis mit Preisen (1. Zuschlagskriterium) und die Angaben zur Qualität (2. Zuschlagskriterium).

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin — Beschreibung: Eine Teilnahme am Öffnungstermin ist nicht gestattet. Den Bietern werden Informationen gem. § 14 EU Abs. 6 VOB/A unverzüglich nach der Angebotsöffnung elektronisch mitgeteilt.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: VOB/B

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammern des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabeunterlagen, insbesondere diese Bewerbungsbedingungen, Leistungsbeschreibung und Vordrucke sowie die Bekanntmachung müssen nach Erhalt/Download durch die Bieter auf Vollständigkeit und Lesbarkeit geprüft werden. Enthalten die Vergabeunterlagen oder die den Bietern mitgeteilten, übergebenen und zugänglich gemachten Unterlagen oder sonstigen Informationen erkennbare Unklarheiten oder verstoßen diese erkennbar gegen geltendes Recht, so weist der Bieter die Vergabestelle unverzüglich - spätestens jedoch mit der Angebotsabgabe - schriftlich darauf hin. Anderenfalls kann er sich auf die Unklarheiten oder die Rechtsverstöße nicht berufen. Nicht aufgeklärte Unklarheiten hat der Bieter als von ihm zu tragende Risiken in sein Angebot einzukalkulieren. Etwaige Verfahrensrügen sind eindeutig als solche zu kennzeichnen. Auf die Rügepflichten des Bieters nach § 160 Abs. 3 GWB wird ausdrücklich hingewiesen. Außerdem weist die Vergabestelle ausdrücklich auf die Rechtsbehelfsfrist des § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB hin. Danach ist ein Antrag auf Nachprüfung unzulässig, soweit nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, mehr als 15 Kalendertage vergangen sind. § 160 GWB lautet: „(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.“

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Registrierungsnummer: 0204: 991-80032-33

Postanschrift: Ellerstrasse 56

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Verdingungsstelle
E-Mail: verdingung@bundesimmobilien.de
Telefon: 000
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Bundes
Registrierungsnummer: t: 0228 9499 0
Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53113
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de
Telefon: 000
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 5410718e-3066-4c3b-a111-6e4e838aafa4 - 05
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 25/03/2025 00:00:00 (UTC+01:00)
Mittleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 194826-2025
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 60/2025
Datum der Veröffentlichung: 26/03/2025